



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Soziales, Gesundheit,
Integration, Kinder und Familie -

Tagesordnung I Punkt 2 der öffentlichen Sitzung am 18. April 2018

Vorlagen-Nr. 18-F-21-0030

Versorgungsverbund Wiesbaden Ost

- Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen vom 06.04.2018 -

Die medizinische und pflegerische Versorgung älterer Bürgerinnen und Bürger in Wiesbaden und hier insbesondere in den hausärztlich unterversorgten Wiesbadener- Stadtteilen ist aus verschiedenen Gründen eine Herausforderung für unsere Stadt. Ziel muss es sein, Versorgungs- und Unterstützungsstrukturen zu erhalten oder aufzubauen, die es unter anderem den älteren und/oder kranke, beeinträchtigte oder in der Mobilität eingeschränkten BürgerInnen erlauben, so lange wie möglich im eigenen Zuhause bleiben zu können und ein möglichst selbstbestimmtes Leben zu führen. Dies gelingt am Besten im eigenen Wohnumfeld, das Vertrautheit vermittelt, überschaubar ist und Möglichkeiten der Teilhabe bietet. Daneben spielen Aspekte z.B. des Zugangs zu professionellen Diensten, der Infrastruktur, der Mobilität, des Wohnungsbaus und viele Dinge mehr eine Rolle.

Antworten auf diese Herausforderung werden unter dem Stichwort Quartierskonzepte diskutiert: So fordert der 7. Altenbericht der Bundesregierung dazu eine Regionalisierung der Gesundheitsversorgung verbunden mit einer stärkeren kommunalen Verantwortung. Die Lösung liegt zusammengefasst zum Einen in einer stärkeren Vernetzung der Akteure vor Ort, zum anderen in der Stärkung der Kommune, die sich dieser Aufgabe widmet, Verantwortung übernimmt, Unterstützung leistet und an den übergeordneten Rahmenbedingungen, wie z.B. der ärztlichen Bedarfsplanung oder der Finanzierungsfragen, gestaltend mitwirkt.

Mit gutem Beispiel geht hier das Gesundheitszentrum Breckenheim voran, das als Arbeitsgemeinschaft diverser Anbieter (Ärzte, Apotheke, Pflegedienst) für eine Versorgung vor Ort bereits Vorbildliches leistet und dabei auf neue Formen der Zusammenarbeit zurückgreift. Absehbar ist, dass solche Lösungen auch für andere Teile Wiesbadens gefunden werden müssen, wo es ähnliche Schwierigkeiten mit der hausärztlichen Versorgung gibt, z.B. in Klarenthal, Dotzheim und auch im Bereich AKK

Solche Ansätze bedürfen darüber hinaus einer übergeordneten Unterstützung in Form eines Versorgungsnetzes oder -verbundes. Ein Versorgungsverbund ist ein sektorenübergreifendes, interdisziplinäres Netzwerk für ein bestimmtes Gebiet. Es besteht aus verschiedenen Gesundheitsanbietern und Dienstleistern, wie z.B. Haus- und Fachärzten, Ärztlichem Bereitschaftsdienst, Pflegeeinrichtungen, Apotheken, Heil- und Hilfsmittelanbieter, Physiotherapeuten, Selbsthilfegruppen und der Kommunalpolitik. Eine der Kernaufgaben ist es, die Bedarfe und Handlungsoptionen zur Versorgung des oben genannten Personenkreises für eine selbstbestimmtes Leben in einem bestimmten Stadtgebiet zu erfassen, Abläufe zu verbessern und Lösungen vorzuschlagen, sofern sie nicht durch das Netzwerk selbst umgesetzt werden können.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1) die Gründung von Versorgungsverbänden in den einzelnen Stadtteilen von Wiesbaden (Versorgungsverbund Wiesbaden-Ost) voranzutreiben und/oder zu unterstützen.
 - 2) zu prüfen, ob die EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH mit der Aufgabe der Koordination und Moderation unter Punkt 1 betraut werden kann und ihr dafür die entsprechenden Mittel bereitgestellt werden können.
 - 3) nach einem Jahr über die Ergebnisse des Versorgungsverbundes zu berichten.
-

Beschluss Nr. 0050

Der Magistrat wird gebeten,

- 1) die Gründung von Versorgungsverbänden in den einzelnen Stadtteilen von Wiesbaden (Versorgungsverbund Wiesbaden-Ost) voranzutreiben und/oder zu unterstützen.
- 2) zu prüfen, ob die EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH mit der Aufgabe der Koordination und Moderation unter Punkt 1 betraut werden kann und ihr dafür die entsprechenden Mittel bereitgestellt werden können.
- 3) nach einem Jahr über die Ergebnisse des Versorgungsverbundes zu berichten.
- 4) dem Ausschuss die Präsentation von Frau Dr. Springborn in digitaler Form zur Verfügung zustellen.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .04.2018

Rutten
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .04.2018

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .04.2018

Dezernat II
mit der Bitte weitere Veranlassung

Gerich
Oberbürgermeister